

Mit RRB vom 17. Februar 2009 wurde die vom Erstunterzeichnenden am 4. Februar 2009 eingereichte Interpellation Nr. 1 (09.5005) zu der Personenfreizügigkeits-Abstimmungs-Informationsveranstaltung vom 14. Januar 2009 der Regierungen BS und BL in Münchenstein beantwortet.

Wie aus der Interpellationsbeantwortung hervorgeht, ist der Regierungsrat von Basel-Stadt auch zukünftig gewillt solche sogenannten Informationsveranstaltungen bei nationalen Abstimmungen mit gewichtigem Inhalt durchzuführen. Aufgrund dieses Umstandes und der Tatsache, dass die vergangenen Informationsveranstaltungen und Podien seitens des Regierungsrates immer unter Ausschluss einer gegnerischen Meinung auf dem Rednerpodium stattfanden, bitten die Unterzeichnenden - im Sinne einer klaren, einheitlichen und korrekten Regelung - zu Prüfen und zu berichten:

- ob dem Grossen Rat eine gesetzliche Vorlage vorgelegt werden kann, in welcher die Teilnahme, das Mitwirken und weitere im Zusammenhang mit der Abstimmung stehenden Tätigkeiten, geregelt werden
- oder ob der Regierungsrat sich zukünftig für die Teilnahme an solchen Veranstaltungen zwingend durch den Grossen Rat eine Legitimation einholen lassen sollte
- ob zukünftig bei solchen Veranstaltungen jeweils auch eine Plattform für eine Gegen-argumentation geschaffen werden sollte
- welche anderen, weiteren oder zusätzlichen Möglichkeiten bestehen, um auch der Gegnerschaft an einem solchen Anlass, ungeachtet der Voten aus dem Saal, genügend Raum für deren Argumentation, einzuräumen
- ob, sollten diese Punkte nicht erfüllt werden können, der Regierungsrat inskünftig auf eine Teilnahme bei einseitig organisierten Podien oder Veranstaltungen verzichtet.

Andreas Ungricht, Sebastian Frehner, Oskar Herzig-Jonasch, Samuel Wyss,
Alexander Gröflin, Ursula Kissling-Rebholz, Toni Casagrande, Rudolf Vogel,
Felix Meier, Roland Lindner, Bruno Jagher